

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Druck- u. Verwalt.: Drag 11, Ref. 1011a 15 • Tel. 1: 20703, 31400, Nachdruck (ab 21 Uhr): 33535 • Postamt: 37344

13. Jahrgang.

Samstag, 15. Juli 1933

Nr. 163.

Grazer „Arbeiterwille“ unter Kolportageverbot! Noch drei weitere Parteiblätter betroffen.

Wien, 14. Juli. Der österreichische Bundeskanzler hat in den letzten Tagen eine Reihe von Verfügungen getroffen, die die sozialdemokratische Presse Österreichs äußerst schwer treffen. Zuerst wurde die „Salzburger Wacht“, das Tagblatt der Partei in Salzburg, unter Vorzensur gestellt, wodurch das Blatt gegenüber den anderen Blättern stark in Nachteil gesetzt wird. Ueber das monatlich erscheinende „Mitteilungsblatt“ der Partei in Graz, das durch die Vertrauensmänner an die Parteimitglieder zugestellt wird, und über das wöchentlich erscheinende „Kärntner Volksblatt“ wurde das Kolportageverbot verhängt, d. h. das Blatt darf weder in Zeitungsverkäufen noch auf der Straße verkauft, ja nicht einmal durch Aussträger zugestellt werden. Nur die Zusendung durch die Post an die Abonnenten ist erlaubt; hierfür erhebt die Post jedoch die doppelte Gebühr. Die beiden Blätter haben daraufhin ihr Erscheinen bis zum Ablauf des Verbotes eingestellt.

Heute wurde nun auch das steirische Tagblatt der Partei, der Grazer „Arbeiterwille“, ebenfalls unter das Kolportageverbot gestellt. Das bedeutet natürlich eine äußerst ernste Einschränkung der Arbeitsmöglichkeiten der Partei in Kärnten und Steiermark.

Diese Verbote sind natürlich auch vom Standpunkt der Regierung eine ausgesprochene Zumutung, denn gerade im Verbreitungsgebiet der betroffenen sozialdemokratischen Blätter sind die Hakenkreuzler und ihre Verbündeten, die steirischen Heimwehren verhältnismäßig sehr stark. Dort gerade der Sozialdemokratie, die sich dem Einbruch der Nazi gegenüber am widerstandsfähigsten gezeigt hat, fast jede Agitationsmöglichkeit zu rauben, heißt doch nichts anderes, als den braunen Terroristen den Weg zum Aufstieg ebnen; das ist doch direkt eine polizeiwidrige Trottelerei!

Reichsdeutsches Flugzeug über Salzburg. Abwurf von Flugzetteln.

Salzburg, 14. Juli. (Eigenbericht.) Die Stadt Salzburg wurde heute nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr dreimal von einem reichsdeutschen Flugzeug überflogen, das Flugzettel abwarf. Diese enthielten grobe Beschimpfungen der österreichischen Regierung und Aufreizungen gegen die österreichischen Gelehrte. Ein Flugblatt wurde namens der österreichischen Nazi-Partei von zwei geflohenen Salzburger Nazi-Funktionären unterzeichnet; ein zweites Flugblatt wendet sich an den steirischen Heimatschutz und ist von dem gemessenen Nazi-Landesinspektor Habicht und einer Reihe anderer Funktionäre unterschrieben.

Grenzwidienfall in Mittenwald.

Oesterreichische Finanzen vom bayerischen Personal bedroht.

Mittenwald, 14. Juli. Gestern abends ist es in Mittenwald zu einem Zwischenfall gekommen, der die Beamten der dortigen auf deutschem Boden befindlichen österreichischen Zollexpedition zwang, sich auf österreichisches Gebiet zurückzuziehen. In dem Amtsräum der auf dem Mittelwalder Bahnhof befindlichen Expedition war nämlich durch unbekannte Täter, die in das Amt eingedrungen waren, die „Baterländische Wandzeitung“ herabgerissen worden. Es kam deshalb zu einer Auseinandersetzung mit dem bayerischen Personal, das allerlei Drohungen gegen die Oesterreicher aussprach. Um ernstesten Verwicklungen vorzubeugen, räumte die österreichische Expedition ihren Posten und zog sich nach Schornitz zurück.

Strafversetzung des Linzer Staatsanwaltes.

Der Chef der Linzer Staatsanwaltschaft Hofrat Dr. Max Stelzl wurde strafweise nach Nied verlegt, da er bei einem Amtsverfahren gegen die Nationalsozialisten nicht die hinreichende Energie an den Tag gelegt hatte.

Die Sadisten toben sich aus

Neubildung politischer Parteien unter schwerer Strafe.
Vermögenskonfiskation und Aberkennung der Staatsbürgerschaft der geflüchteten Sozialdemokraten.

Berlin, 14. Juli. (Tsch. P.-B.) Das heute verabschiedete Gesetz gegen die Neubildung politischer Parteien schafft, wie das Conti-Büro schreibt, auf dem Gebiete des Parteiwesens „restlos und endgültig“ Klarheit. Die bisher vorhanden gewesenen politischen Parteien sind aufgelöst. Es gebe nur noch die große nationalsozialistische Volksbewegung. Eine Wiederkehr des Parteilebens mit seinen „unerfreulichen Auswüchsen“ sei durch den neuen Gesetzentwurf nunmehr ausgeschlossen worden, da nun die Neubildung politischer Parteien unter hohe Strafen gestellt ist.

Das Gesetz über die Einziehung des volks- und staatsfeindlichen Vermögens sieht u. a. vor, daß die Vorschriften über die Einziehung kommunistischer Vermögens auch auf Sachen und Rechte der Sozialdemokratie Deutschlands und ihrer Hilfsorganisationen sowie auf Sachen und Rechte, die zur Förderung marxistischer oder anderer volks- und staatsfeindlicher Bestrebungen bestimmt sind, Anwendung finden. Die Entscheidung darüber, was als volks- und staatsfeindliche Bestrebungen anzusehen ist, trifft der Reichsinnenminister.

Fünf Geiseln für Scheidemann in ein Konzentrationslager gebracht.

Berlin, 14. Juli. Das offiziöse Conti-Nachrichtenbüro stellt fest, daß an dem früheren Reichsminister und sozialdemokratischen Abgeordneten Philipp Scheidemann, der sich derzeit in Karlsbad aufhält, wegen eines Schmähartikels gegen Deutschland in den „New Yorker Times“ vom geheimen Staatspolizeiamt „ein Exemplar statuiert“ wurde, indem fünf Verwandte Scheidemanns, die sich in Deutschland aufhalten, in Schutzhaft genommen und in ein Konzentrationslager gebracht wurden.

Auflösung der SA im ganzen Reich?

München, 13. Juli. Der Stabschef der SA und SS, Staatssekretär Roehm, hat an die Gruppenführer der SA die Anweisung erteilt, „gemeinsam mit den örtlichen politischen Führern zu prüfen, welche SA-Männer politisch geeignet sind zur Übernahme in die Vorzugeliste.“ Die Meldungen sind bis zum 25. Juli vorzuliegen.

Dieser Erlass Roehms wird in den Kreisen der Hitlerpartei, vor allem der SA, auf das Lebhafteste diskutiert. Man glaubt, sichere Anhaltspunkte dafür zu haben, daß die gesamten SA-Formationen, deren Radikalismus und deren vorwiegend proletarische Einstellung die Parteileitung seit langem mit kritischer Augen betrachtet, aufgelöst werden, nachdem die linitreuen Elemente in die SS eingegliedert worden sind. Für die Zukunft jedenfalls wird nur die SS als Parteitruppe bestehen bleiben.

Ob allerdings die SA-Leute, die noch immer die stärkste Macht bedeuten, gewillt sein werden, alles stillschweigend hinzunehmen, ist eine zweite Frage.

Der Fascistengruß

wird allen Staatsangestellten aufgezungen!

Berlin, 14. Juli. (Wolff.) Der Reichsminister des Innern Dr. Frick hat an die obersten Reichsbehörden und die Länderregierungen ein Schreiben gerichtet, in welchem er es jetzt für angebracht ansieht, den von Hitler eingeführten Gruß allgemein als deutschen Gruß anzuwenden. Er bittet in ihrem Geschäftsbereich anzuordnen:

1. daß sämtliche Beamten, Angestellten und Arbeiter von Behörden im Dienst und innerhalb der dienstlichen Gebäude und Anlagen durch Erheben des rechten Armes zu grüßen haben,
2. daß Beamte in Uniform in militärischer Form, wenn sie keine Kopfbedeckung haben, durch Erheben des rechten Armes zu grüßen haben,
3. daß von den Beamten erwartet wird, daß sie auch außerhalb des Dienstes in gleicher Weise grüßen.

Warnung an Nazi-Deutschland

London, 11. Juli 1933.

Das Gesetz über den „Widerruf und die Aberkennung der deutschen Staatszugehörigkeit“, das gleichfalls vom Reichskabinett verabschiedet wurde, sieht vor, daß Einbürgerungen, die in der Zeit zwischen dem 9. November 1918 und dem 30. Jänner 1933 vorgenommen worden sind, widerrufen werden können, falls die Einbürgerung nicht „als erwünscht“ angesehen wird.

Außerdem können Reichsangehörige, die sich im Auslande aufhalten, der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt werden, wenn sie durch ihr Verhalten gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk verstoßen und die deutschen Belange schädigen. Das gilt auch für Reichsangehörige, die einer Aufforderung zur Rückkehr nicht Folge leisten, die der Reichsinnenminister unter Hinweis auf diese Vorschrift an sie gerichtet hat. Bei Nichtbeachtung der Rückkehr-Aufforderung kann auch ihr Vermögen beschlagnahmt und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit erklärt werden.

Diese Maßnahmen können auch gegen Reichsangehörige im Saargebiet getroffen werden, die nach dem 30. Jänner 1933 ihren Aufenthalt dorthin verlegt haben.

Hitlers Reichstagsrede am 17. Mai hatte für kurze Zeit die Stimmung des englischen Volkes gegenüber Nazi-Deutschland etwas gebessert. Man sprach nicht mehr viel von Deutschland, die Zeitungen schrieben nur wenig — und das ist heutzutage das Beste, was Deutschland erwarten kann. Aber lange hielt diese Atempause nicht vor. Besonders das deutsche Vorgehen gegen Oesterreich ließ die Stimmung wieder umschlagen. Und jetzt findet man in der Presse fast täglich spaltenlange Berichte über die neuen Schandtaten des faschistischen Regimes in Deutschland. Ueber die Unterdrückung der Deutschnationalen und den Hinauswurf Eugenbergs hat man sich freilich in England nicht weiter aufgeregt. Eugenberg war seit seinem berühmten Memorandum an die Weltwirtschaftskonferenz in London herzlich unbeliebt und man empfindet auch hier eine gewisse Schadenfreude mit seinem Geschick. Da Eugenberg und seine Partei die Unterdrückung aller anderen stets gutgeheißen hatte, erschien die Behandlung, die ihm jetzt widerfuhr auch nicht als Verletzung des fair play, das in der englischen Politik ja stets eine sehr große Rolle spielt.

Unter dem Gesichtspunkt des fair play wurde in den bürgerlichen Kreisen Englands vor allem die Unterdrückung der deutschen Sozialdemokratie betrachtet. Sieben Millionen wird das Vertretungsrecht geraubt, das war der Generalunter unter den man in England das Verbot der SPD brachte. Viel tiefer wurde das englische Bürgertum durch die Behandlung der Kirchen aufgewühlt. In religiösen Fragen ist nun einmal der Engländer — auch ein großer Teil des Proletariats — sehr empfindlich. Daß die Kirche unter das Hakenkreuz gebeugt werden soll, daß Hitlers Vertrauenspastor Müller das Vaterunser abänderte, daß die Sonnenwendfeier von Staats wegen mit altgermanischen, heidnischen Bräuten gefeiert wurde — das alles erschien den Engländern als Rückfall in die tiefste Barbarei. Die religiöse Seite spielt ja auch bei der englischen Empörung über die Judenverfolgungen stark mit. Das Argument, die Juden seien das Volk der Bibel, Jesus sei aus dem Judentum hervorgegangen und deshalb dürfe man die Juden nicht schlecht behandeln, taucht in Privatunterhaltungen wie in öffentlichen Versammlungen immer wieder auf.

Vor einigen Tagen hat in London nun eine große Kundgebung stattgefunden, die sich gegen die Judenverfolgungen in Deutschland richtete. Den Vorsitz führte Lord Budmister, ein früherer Lordkanzler in der liberalen Regierung Asquith, ein Mann, der wegen der Kriegspolitik zurücktrat und nach dem Kriege an der Spitze der Versöhnungsbewegung mit Deutschland stand. Die Redner waren der Erzbischof von Canterbury, das Oberhaupt der anglikanischen Kirche, ferner der Führer der englischen Freikirchen und ein führender Katholik. Die Kundgebung wurde getragen von den führenden Parlamentariern aller Parteien, von den Vertretern der Universitäten, der Kunst und Literatur, von den Gewerkschaften, den Unternehmern, Juristen und Ärzten. Seit 38 Jahren — damals protestierte England gegen die Armeniergrenze — hat England keine so für das ganze Volk repräsentative Kundgebung gesehen wie diese. Wenn auch die Reden, die gehalten wurden, schwach waren, die Tatsache, daß eine derartige Kundgebung stattfinden konnte, ist entscheidend.

Diese neuerliche Verschärfung der englischen Stimmung gegen Hitler-Deutschland zeigte sich auch im englischen Unterhaus. Die Gründonnerstag-Debatte ist noch in frischer Erinnerung, damals war ein Redner nach dem

Wir haben erst vor drei Tagen einen Brief Scheidemanns veröffentlicht, in dem er ausdrücklich feststellt, daß der angebliche Schmähartikel gerade in dem entscheidenden Satz eine grobe Fälschung darstellt. Trotzdem bemühen die Hakenkreuzler diese Fälschung als Vorwand zu der neuen Niedertracht. Geiseln für Scheidemann ins Gefängnis zu stecken. Diese neue Schandtat reißt sich würdig der gestern von uns gemeldeten Verhaftung von Frauen geflüchteter Parteifunktionäre an!

Die Hamburger SA aufgelöst.

Auf Anordnung des Reichsstatthalters für Hamburg, Kaufmann, wurde die gesamte Hamburger SA wegen angeblicher Disziplinlosigkeit aufgelöst. 350 SA-Leute sollen verhaftet worden sein. Die SA soll neu formiert werden; Aufnahme sollen jedoch nur solche Personen finden, die seit mindestens drei Jahren der Hitlerpartei angehören und seit mindestens fünf Jahren nicht in einer der marxistischen Parteien organisiert gewesen sind.

Oldenburg-Janauschau durch SA-Leute mißhandelt.

Königsberg, 12. Juli. Der Rittergutsbesitzer und frühere Kammerherr von Oldenburg-Janauschau (der Gutsnachbar und intime Freund des Reichspräsidenten von Hindenburg), der dieser Tage vorübergehend in Königsberg sich aufhielt, ist von SA-Leuten erlauft und auf der Straße in der gröblichsten Weise beschimpft worden. Einige Leute verstellten ihm den Weg und Herr von Oldenburg-Janauschau wurde auf einer der belebtesten Straßen Königsbergs am hellen Tage geschlagen und bespuckt. Er war schließlich gezwungen, zu seinem Schutze die nächste Polizeiwache aufzusuchen; erst nach Ablauf von mehr als einer Stunde konnte er unter polizeilicher Bedeckung im Kraftwagen die Rückfahrt auf sein Gut antreten.

anderen aufgefunden und hatte der Abscheu über das Nazi-Regime in Deutschland Ausdruck gegeben und Außenminister Simon (keineswegs wie die Nazis gern behaupten ein Jude) hatte die Debatte mit der Erklärung abgeschlossen, daß die verschiedenen Redner die Stimmung des englischen Volkes zum Ausdruck gebracht hätten. Ein Versuch der deutschen Regierung, gegen diese Debatte offiziell zu protestieren, verjagt in Lächerlichkeit.

Und nun hat sich fast das gleiche wiederholt. Wieder erhob sich ein Redner nach dem anderen, Redner aller drei Parteien, um vom deutschen System abzurufen. Der alte prächtige Arbeiterführer Lansbury machte den Anfang, er forderte eine Bitterbundsaktion, er forderte Eingreifen des Roten Kreuzes, um den Frauen und Kindern der Naziofiser zu helfen, er forderte Rantzenpässe für die Deutschen, die ins Ausland hätten flüchten müssen. Und dann sprach wieder Sir Austen Chamberlain, der langjährige Außenminister der Konservativen, einer der Männer von Locarno, wieder protestierte er gegen den Geist der Untoleranz, gegen die Hatzpredigten, gegen die Unfassbare Brutalität des ganzen Systems, und wieder betonte er, daß an Revision der Friedensverträge so lange nicht zu denken sei, bis ein anderer Geist in Deutschland herrsche, solange dürfe man auch Deutschlands Nachbarn nicht zu übereilter Abrüstung ohne Garantien drängen. Und auf Chamberlain folgte die lange Reihe der anderen Redner, darunter der junge Liberale Bernays, der gerade aus Deutschland zurückgekehrt ist und ein düsteres Bild entwarf: „Wenn die Völker nicht rasch handeln, ist ein Krieg noch in dieser Generation unvermeidlich“, so rief er aus.

Und wieder schloß der Außenminister Simon die Debatte, wieder erklärte er, daß das Gesagte der öffentlichen Meinung Englands entspräche. Und zum Schluß eine klare, eindeutige Warnung an Deutschland, die auch Hitler nur schwer überhören können. „Die Engländer“, so erklärte er, „hegen den Wunsch, daß die Zeit kommen möge, wo sie mit gutem Gewissen und aus vollem Herzen an der Lösung der europäischen Probleme mitarbeiten könnten, aber das könnten sie nur, wenn sie die volle Gewißheit einer anständigen Behandlung der Minderheiten in allen Teilen der Welt hätten“. Das ist eine Warnung und der „Manchester Guardian“ schreibt deshalb auch in der Überschrift „Sir John Simon warnt Deutschland“. Aber ob Deutschland die Warnung verstehen wird und mehr noch ob es auf sie achten wird? Wer die bisherige Entwicklung des deutschen Faschismus verfolgt hat, wird es nicht annehmen können. Auch hier zeigt sich wieder, wie sehr das neue Regime in Deutschland nicht nur Deutschlands außenpolitische Lage verschlechtert hat, sondern auch die europäische Entwicklung und den Frieden bedroht.

Faschismus heißt Kriegsfahrt, jeder Tag bestätigt es von neuem!

Pressekonferenz bei Malypetr.

Keine Forderungen für die Regierung.

Prag, 14. Juli. In einer Besprechung mit den Vertretern der Koalitionspresse wies Ministerpräsident Malypetr heute auf die allgemeine Vertrauenskrise hin, die die Welt jetzt durchmache. Die logische Folge dieser Vertrauenskrise sind die Bestrebungen nach Diktatur und Faschismus, die vorgeben, alle die Schwierigkeiten, denen die Demokratie unterworfen ist, auf kurzem Wege überwinden zu können. Um so größer sei die Verantwortlichkeit der Presse. Wenn die Institution der politischen Parteien, ohne die die Demokratie nicht denkbar ist, mit Not beworfen und in der Öffentlichkeit wider besseres Wissen absichtlich diskreditiert und als ein System der Oligarchie der Parteisekretariate hingestellt wird, so müsse dies zu einer Anarchie der öffentlichen Meinung und dazu führen, daß die Bevölkerung desinteressiert wird und ihr Heil in der Abkehr von der Demokratie sucht. Eine Demokratie ohne die Grundlage der politischen Parteien sei eben nicht durchführbar.

Gegen eine sachliche Kritik der Tätigkeit der politischen Parteien ist natürlich nichts einzuwenden, aber die verantwortungsbewusste Presse dürfe nicht gegen die Einrichtung des politischen Parteiensystems schlechthin losziehen und diese mit allen Mitteln in der Bevölkerung zu diskreditieren suchen. Ins politische Leben Anarchie hineinzutragen, sei viel leichter als die Bevölkerung zu konstruktiver Tätigkeit und zu einer nüchternen Beurteilung der gegebenen Situation zu erziehen.

Malypetr wies auf den Zwiespalt hin, der sich daraus ergibt, daß die Tätigkeit der Sparkommission zwar allseitig Anerkennung findet, andererseits aber jede konkrete Maßnahme der Regierung zur Durchführung der Empfehlungen der Sparkommission und von Sparmaßnahmen überhaupt einer scharfen Kritik unterzogen und ihr vorgeworfen werde, daß sie bei der Durchführung eine bestimmte Bevölkerungsschicht benachteilige.

Das Genter System „zu viel“?

Damit scheint Malypetr leider in erster Linie auf den berechtigten Widerstand weiter Kreise gegen eine Verschlechterung des Genter Systems abzielen.

Er ist der Auffassung, daß in dem Ausbau des Genter Systems in den letzten Jahren „zu viel“ getan wurde und daß man jetzt diese früheren „Fehler“ bähnen müsse. Als man im Jahre 1930 — schon unter der heutigen Koalition — den Staatsbeitrag vom Einbis Zweifachen auf das Drei- und Vierfache erhöhte, so sei dies schon vom Stand der damaligen Wirtschaft nicht mehr tragbar gewesen. Wenn man diese staatlichen Zuschüsse nicht dauernd auf dieser Höhe erhalten könne, sondern das Verhältnis zwischen Staatsbeitrag und Gewerkschaftsbeitrag etwas senken müsse, so sei das keineswegs die Folge einseitiger Voreingenommenheit oder bösen Willens.

Konkret erklärte der Ministerpräsident zu dieser die Öffentlichkeit in so hohem Maße interessierenden Frage, daß die schwebenden Verhandlungen noch zu keiner völligen Angleichung der beiderseitigen Standpunkte geführt hätten. Bezüglich seiner gestrigen Besprechungen mit den Gewerkschaftsführern erklärte er ausdrücklich, daß diese selbst zu ihm gekommen seien; ihm sei es

fern gelegen, dadurch in die Verhandlungen des reifermäßig zuständigen Fürsorgeministers einzugreifen.

Er habe den Gewerkschaftsvertretern erklärt, es würde ihm sehr leid tun, wenn es nicht zu einer für beide Teile tragbaren Verständigung käme; das müßte dazu führen, daß man in absehbarer Zeit vielleicht nicht einmal die Hälfte dessen auszahlen könnte, was heute beabsichtigt ist.

Als später einer der Teilnehmer der Pressekonferenz darauf aufmerksam machte, daß die Öffentlichkeit durch die Hervorhebung der jetzt bestehenden Höchstgrenze des Staatsbeitrages von 18 Kronen pro Tag über die durchschnittliche Höhe dieser Unterstühtungen irreführt werde, weil in Wirklichkeit kaum 5 Prozent aller Unterstühten diese Höchstgrenze erreichen und durch die Senkung dieser Höchstgrenze nicht mehr als 10 Millionen erspart würden,

erklärte Malypetr, die voraussetzliche Einigung bewege sich auf einer Höchstgrenze des Staatsbeitrages von 12 Kronen täglich, was ja praktisch bei der großen Mehrheit der Unterstühten ohnedies das erreichbare Maximum sei; bei gewissen Berufsgruppen dürfte dieses Maximum in den höchsten Kategorien mit 15 Kronen täglich bemessen werden.

Der Ministerpräsident hofft, daß die Frage des Genter Systems noch diese Woche prinzipiell entschieden wird. Dann müsse man allerdings noch die genaue Formulierung durchführen, so daß etwa für kommenden Dienstag oder Mittwoch mit der Verlautbarung der betreffenden Regierungsverordnung zu rechnen sei.

Auch eine Regelung der Arbeitsvermittlung werde durchgeführt werden, und zwar auf der Grundlage einerseits der Unifizierung, andererseits der tatsächlichen Notwendigkeiten.

Weitere Aufgaben.

Damit sei die Aufgabe der Regierung keineswegs erschöpft. Alle diese Arbeiten und Aktionen müßten auf Grund der aus der Aktivität des Staatsbudgets sich ergebenden Bedingungen ausgebaut sein.

Auch die Währung muß bei Wahrung der Stabilität vernünftig behandelt werden, denn im staatlichen Leben ist das Geld das Blut des Wirtschaftsorganismus, der erweitert werden muß und nicht erschöpft werden darf.

Siebei konstatierte der Regierungschef mit Dank das zweimilliardenergebnis der Arbeitsanleihe, das eine bestimmte Erschöpfung des Kapitals bedeutet und dementsprechend die Kreditmöglichkeiten teils durch Erweiterung des Wechselkontos und des Wechselverkehrs überhaupt, teils durch Erleichterung beim Lombard der Wertpapiere eine Erleichterung erfahren müßten.

Die bedrohliche Situation der Eisenbahnen führt der Ministerpräsident einerseits auf den starken Rückgang der Güterbeförderung und auf die Konkurrenz der Automobile zurück; aber auch die nicht zu umgehende Nationalisierung (durchlaufende Bremsen usw.) vermehrt noch den vorhandenen Personalüberschuß. Auch hier scheint die Anwendung des Ermächtigungsgesetzes geplant zu sein.

Es wird nach Malypetr überhaupt notwendig sein, das Ermächtigungsgesetz auch noch auf

Der Vorsitzende der J. T. F. Genosse Cramp gestorben.

London, 14. Juli. (Neuer.) Der Vorsitzende der Internationalen Vereinigung der Transportangestellten, Cramp, starb hier plötzlich im Alter von 57 Jahren an Gehirnschlag.

andere Gebiete des Wirtschaftslebens anzuwenden. Man könne daher für die Regierung mit keinen eigentlichen Ferien rechnen, daher ebenso wenig nicht mit einer saueren Gurken-Zeit für die Presse.

Von den sonstigen Vorseherzeit im Budget vorgesehene Maßnahmen zur Erhöhung der Staatseinnahmen sei der Gedanke der Schaffung eines Rotfonds keineswegs gefallen, denn dieser sei wirtschaftlich sicher nicht so schädlich wie die früher ebenfalls ventilierter Einführung einer Beschäftigtensteuer; da sei der Rotfonds schon vorzuziehen.

Die Vorseherzeit vorgeschlagene Abgabe von ein Promill aller Einlagen komme nicht in Frage, da die Einlagen ohnedies schon durch die erhöhte Rentensteuer und die Fondszuschläge getroffen seien. Augenblicklich beschäftige man sich mit der Frage einer einprozentigen Sonderabgabe vom steuerpflichtigen Einkommen. Diese soll zu zwei Dritteln der lokalen Selbstverwaltung zufallen und zur Ergänzung der Ernährungskassen verwendet werden; das restliche Drittel dieser Abgabe soll in der Staatskasse konzentriert und dazu verwendet werden, um doch austretende lokale Differenzen zwischen Bedarf und Deckung auszugleichen.

Der eigentliche Rotfonds, d. h. die Krisenabgabe der Unternehmen, soll auf dem reinen Vermögen des betreffenden Unternehmens aufgebaut werden.

Alle diese Maßnahmen fallen nicht unter das Ermächtigungsgesetz, sondern müssen auf gesetzlichem Wege durchgeführt werden. In maßgebenden Kreisen wird derzeit lebhaft darüber verhandelt, zur Vorlage der ausgearbeiteten Gesetzentwürfe wird es jedoch erst im Herbst kommen.

Auf eine Anfrage betreffend den Verlauf der Preissenkungskampagne befaßte sich Malypetr eingehend mit den Kohlenpreisen. Man könne infolge der Vervollkommnung der Heiztechnik usw. nicht mehr damit rechnen, die früheren Förderungsziffern zu erreichen. Dadurch, daß die Förderungskapazität bei weitem nicht voll ausgenutzt werde, steige der Regieanteil beträchtlich. Dadurch bleiben die Preise ziemlich hoch. Um trotzdem der Industrie die bisherigen großen Rabatte geben zu können, müßten die Preise der Kohle für den Hausbrand gegenüber der Industriekohle von gleicher Qualität höher gehalten werden. Er wolle damit aber keinesfalls sagen, daß die Kohlenpreise überhaupt keine Reduzierung verträgen. Man erwäge u. a. gewisse Tarifierleichterungen für die Beförderung der Kohle in der für den Frachtenverkehr sonst ziemlich toten Sommersaison. Bis zum Herbst werde man sicher zu einer Herabsetzung gewisser Preise gelangen.

Allgemein waren die Ausführungen des Ministerpräsidenten von dem ihm eigenen überschütterlichen Optimismus begleitet; es sei keineswegs schon die Zeit gekommen, wo man triumphieren könne, daß schon alles überstanden sei, aber man habe auch keine Ursache, resigniert den Kopf hängen zu lassen.

Die Sache mit Borris

Kriminalroman von Grete Hartwig
Alle Rechte vorbehalten

„Habe ich dir vielleicht eine Rolle weggespielt? Dann geschah es nicht aus Bosheit, sondern aus Talent.“
„Läßt doch euren alten Streit. Die Situation ist zu ernst.“
„Ich bin überzeugt, daß sie nicht lange in Untersuchungshaft sein wird. Irgendwie wird sich ihre Unschuld schon herausstellen.“
„Ich halte sie für schuldig.“
„Wie?“
„Was?“
„Weißt du etwas?“
„Sprich!“
„Du?“
„Run?“
„Ist euch aufgefallen, daß sie in den letzten Tagen sehr verstört war?“
„So?“
„Vollkommen verändert!“
„So?“
„Gestern hatte sie rotgeweinete Augen.“
„So?“
„Außerdem hat sie gestern einen größeren Vorstoß verlangt und der Kassierer hat mir gesagt, er habe ihr den Vorstoß nur gegeben, weil sie so schrecklich aufgereggt war.“
„So?“
„Das ist doch jedenfalls merkwürdig. Sie war schrecklich aufgereggt.“
„Ah!“
„Und jetzt frage ich euch: Wozu brauchte sie dieses Geld so plötzlich und so dringend?“
„Wozu?“
„Um — sich — das — Gift — zu — verschaffen!“

„Schrecklich!“
„Denn das bekommt man doch nicht so ohne weiteres. Oder glaubt ihr?“
„Sicher nicht!“
„Das muß man eben im Schleichhandel erwerben und das kostet viel Geld.“
„Das ist wahr!“
„Sie ist schuldig!“
„Gräßlich!“
„Bestimmt!“
„Es ist furchtbar!“
„Ja, es ist ganz grauenhaft.“
„Lillian Band... eine Mörderin.“
„Ja, es scheint mir jetzt doch plausibel.“
„Gerade diese Menschen mit der frommen, glatten Stirne.“
„Gerade die Mädchen aus gutem Hause...“
„Gerade diese scheinheiligen Puppen...“
„Gerade diese, die mit ihrer Anständigkeit prunken...“
„Wie einen unanständigen Biß machen...“
„Auf Formen halten...“
„Dochmützig sind...“
„Gerade diesen ist alles zuzutragen.“
„Sie war auch mit niemandem von uns befreundet.“
„Wahrscheinlich aus Angst, man könnte ihr in die Karten schauen.“
„Vorsichtig ist eben nur der, der Butter auf dem Kopfe hat.“
„Ja, eben.“
„Traurig, daß sie schuldig ist.“
„Sie ist es!“
„Das Klingelzeichen rief wieder und wieder zur Probe. Langsam und uninteressiert folgten die Gerufenen.“
„Alles auf die Bühne!“ rief der Inspizient.
„Ein bedauerlicher Zwischenfall“, begann der Regisseur, „hat sich ereignet. Ich bitte die Herrschaften trotzdem mit vollem Ernste bei der Arbeit zu sein. Wir können die heutige Probe nicht entbehren, sonst hätte ich dem Gemütszustand aller

Rechnung getragen und Sie für heute beurlaubt. Ich selbst bin in höchstem Maße benommen, muß mich aber auch aufrufen und verlange daselbe von jedem einzelnen Mitsied. Es gilt, das Theater dem dieser Zwischenfall vielleicht in den Augen des Publikums geschadet hat, gerade deshalb auf voller künstlerischer Höhe zu halten. Ferner bitte ich Sie, Aufstehende nicht in die Geheimnisse hinter den Kulissen blicken zu lassen, nicht durch Tratschereien diese unangenehmen Dinge noch auszubauschen. Hoffentlich bringen die nächsten Tage befriedigende Aufklärungen. Szene acht beginnt. Bühne frei!“
Unter leisem Gemurmel bogab sich alles auf die Plätze.
In der zwölften Szene gab der Inspizient das Zeichen für Lo Lu. Als sie nicht erschien, läutete er Sturm in ihre Garderobe. Ihr Stichwort fiel und sie war noch immer nicht da.
„Run?“ fragte der Regisseur kreuze.
„Fräulein Lo Lu ist nicht hier.“
„Was heißt das?“
„Ich habe geläutet...“
„Sehen Sie persönlich nach!“ Er ging ungeduldig an der Rampe auf und ab und wartete auf die Rückkehr des Inspizienten. Der kam wieder.
„Run?“
„Nichts, Herr Regisseur!“
„Ein Saustall!“ schrie dieser. „Da kommt man ja ins Narrenhaus.“
„Soll ich in der Kanzlei...?“
„Warten Sie! Ich gehe selber!“
Er lief während die Stiegen hinauf.
„Herr Sekretär!“ „Bitte!“
„Bitte rufen Sie sofort bei Lo Lu an. Sie ist einfach nicht zur Probe gekommen. Diese Dame werde ich mir einmal ausborgen. Staraküren! Ohne Entschuldigung! Ohne Abgabe! Ich bestche auf einem ärztlichen Zeugnis. Diese ewigen bequemen Kopf- und Fuß- und Magenschmerzen. Ich lasse mir...“

Unterdessen war die telefonische Verbindung hergestellt. Der Sekretär stellte einige Fragen, plötzlich erlagte er und legte mit zitternder Hand das Hörrohr auf.
„Run?“ fragte der Regisseur.
„Lo Lu...“ stammelte der andere.
„Sprachen Sie! Was ist denn?“
„Lo Lu...“
„Mensch!“
Der Sekretär riß sich zusammen. Sein schmales Gesicht war weiß.
„Lo Lu ist tot!“

14. Untersuchungshaft.

Was Lillian zuerst nicht für möglich gehalten hatte, war zur Wahrheit, zur schrecklichen Wirklichkeit geworden. Sie war in Untersuchungshaft. Noch sah ihr der Schrecken ihrer plötzlichen Verhaftung in allen Gliedern, aber immer anhaltender wurde der Zustand grüblerischer Apathie. Was war geschehen?
Sie war des Mordes verdächtig. Sie war beschuldigt, einen Menschen getötet und vermutlich auch beraubt zu haben, da man ja die Tabattiere in ihrem Besitz vorgefunden hatte. Der Zufall hatte grausam mit ihr gespielt. Aber wie waren die wirklichen Zusammenhänge? Sie glaube nicht daran, daß Borris den Mann getötet haben konnte! Nein, dessen war er nicht fähig! Ein politischer Aufwiegler, ja, ein Mörder? Nein! Das war er nicht! Und welchen Grund hätte er gehabt, den Freund, der ihm helfen wollte, der ihm Geld und Paß anbot, den Genossen, mit dem ihn Weltanschauung und gemeinsames Endziel verbunden, gerade diesen aus der Welt zu schaffen?! Wozu hatte er veranlaßt, daß der Fremde nach ihr schiden sollte? War er nun im Besitze des Passes? Und war er geflohen? Ehe sie nicht wußte, daß er tatsächlich in Sicherheit war, wollte sie den wahren Grund ihres Besuches im „Weißen Hahn“ nicht eingestehen.
(Fortsetzung folgt.)

